

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
namens der Landesregierung

Pflanzenschutzmittel-Abgabe: Kündigt Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte den „Niedersächsischen Weg“ auf?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU), eingegangen am 09.02.2023 -
Drs. 19/496
an die Staatskanzlei übersandt am 13.02.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
namens der Landesregierung vom 15.03.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 29.12.2022 sprach sich Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte für die Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe nach dem Vorbild Dänemarks aus, um das Ziel der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln flächendeckend zu erreichen.

Im „Niedersächsischen Weg“ haben sich die Vertragspartner unter Ziffer 13 des vereinbarten Maßnahmenpaketes auf eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Niedersachsen verständigt. Ausgehend von dieser generellen Zielsetzung haben die Partner ein Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramm formuliert und noch vor der Landtagswahl im Herbst 2022 im Lenkungskreis des „Niedersächsischen Weges“ verabschiedet.

1. Wann wird das von den Partnern des „Niedersächsischen Weges“ formulierte und im Lenkungskreis bereits verabschiedete Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramm veröffentlicht werden?

Die Niedersächsische Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie wurde am 14. Februar 2023 veröffentlicht.

2. Ist eine sogenannte Pestizidabgabe nach dem Vorbild Dänemarks ein Baustein des Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramms im „Niedersächsischen Weg“?

Nein. Die Erhebung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel ist kein Baustein der Niedersächsischen Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie.

3. Aus Mitteln des Maßnahmenpaketes „Stadt.Land.Zukunft“ fördert die Landesregierung mit 1 Million Euro Leitbetriebe, die Alternativen zum Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel entwickeln und erproben sowie weitere landwirtschaftliche Betriebe dabei unterstützen sollen, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Wird dieses Netzwerk trotz des Plädoyers von Landwirtschaftsministerin Staudte für die Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe nach dem Vorbild Dänemarks fortgeführt werden?

Ja, die Maßnahme befindet sich in der Umsetzung.

4. **Der „Niedersächsische Weg“ stellt den Ausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft und des Naturschutzes her, indem entweder für die Landwirtschaft freiwillige Maßnahmen (z. B. Umstieg auf Ökolandbau) finanziell attraktiv ausgestaltet oder die mit obligatorischen Maßnahmen (z. B. kein Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz auf Gewässerrandstreifen) verbundenen Erschwernisse finanziell kompensiert werden. Handelt es sich bei einer sogenannten Pestizidabgabe nach Auffassung der Landesregierung um eine freiwillige Maßnahme im Sinne des „Niedersächsischen Weges“? Falls nein: Würden in Niedersachsen den landwirtschaftlichen Betrieben die aus der Einführung dieser Abgabe resultierenden finanziellen Nachteile ausgeglichen werden?**

Die Erhebung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel wird unter Fachleuten sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler Ebene diskutiert. Wie unter Frage 2 erläutert, ist die Erhebung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel kein Baustein der Niedersächsischen Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie.

5. **Falls den landwirtschaftlichen Betrieben die aus der Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe resultierenden finanziellen Nachteile in Niedersachsen ausgeglichen werden sollten: Geht die Landesregierung für diesen Fall dennoch davon aus, dass es durch die Einführung der Abgabe zu einer Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln kommen würde?**

Wie bereits unter Frage 2 erläutert, ist eine solche Abgabe kein Baustein des Niedersächsischen Weges. Auf Bundesebene findet sich eine solche Abgabe nicht im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung.

Wie bereits unter Frage 4 erläutert, werden unter Fachleuten sowohl auf europäischer, als auch auf nationaler Ebene verschiedene Modelle einschließlich deren Wirkung auf die Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes diskutiert. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Einführung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel zu einer betriebswirtschaftlichen Neubewertung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und damit i. d. R. zu einer Verringerung des Einsatzniveaus führt. Erfahrungen aus anderen Mitgliedstaaten zeigen, dass die Auswirkungen bezüglich der Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes sehr stark von den Detailbestimmungen einer Abgaberegulierung abhängen.

6. **Falls kein Ausgleich der Nachteile der Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe geplant sein sollte: Welche Auswirkungen auf die Anbauprogramme, die Flächennutzung sowie die Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe in Niedersachsen erwartet die Landesregierung?**

Siehe Antwort zu den Fragen 2 und 4.

7. **Die Europäische Kommission hat einen Verordnungsvorschlag für die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vorgelegt, der die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln allein über Mittel des Ordnungsrechts herbeiführen will und daher im Widerspruch zu den Grundprinzipien des „Niedersächsischen Weges“ steht. Wird sich die Landesregierung für eine Änderung des Verordnungsvorschlags der EU-Kommission einsetzen, um in Niedersachsen eine erfolgreiche Fortführung des „Niedersächsischen Weges“ möglich zu machen?**

Ja, bei den ursprünglichen Vorschlägen der Festlegung der sensiblen Gebiete, in denen jeglicher Pflanzenschutzmitteleinsatz verboten werden sollte, sind die Ziele der KOM weiter gefasst als die der Landesregierung. Bei der Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie hat man sich darauf verständigt, dass Anpassungen vorgenommen werden, sobald seitens der EU konkrete und rechtsverbindliche Vorgaben gemacht werden.

(Verteilt am 22.03.2023)